

Kriegstagung des Reichstages.

Der Bericht über die Anwendung der Ausnahme-gewalt.

Budapest, 9. Februar.

Der Bericht des Ministerpräsidenten über die Anwendung der der Regierung für den Kriegsfall erteilten Ausnahme-gewalt kam heute im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung.

Abgeordneter Josef Illés gab einen Bericht, der die großen Gesichtspunkte unserer Verwaltung in umfassender Weise beleuchtete und auch die neuesten Ereignisse der Außenpolitik in Rechnung zog. Ein wertvolles Stück des Berichtes war in klärender Weise den Fragen der Volksernährung gewidmet, ein anderes Stück dem Bestreben, das Billigkeitsprinzip in den Tatsachen unseres Rechtslebens nachzuweisen. Das Haus dankte dem Berichterstatter für die gute Leistung mit lautem Beifall.

In der Debatte sprach Abgeordneter Béla Földes eingehend über wirtschaftliche Probleme, Graf Moriz Esterházy sehr sachlich mehr über Fragen der Tagespolitik, und schließlich Abgeordneter Ludwig Ráday. Die Ausführungen dieses Redners enthielten leuchtende Belege für die bedeutenden Leistungen der ungarischen Verwaltung. Was Abgeordneter Ráday dann über die Lebensmittelfragen sagte, war durchdrungen von großer Sachkenntnis und psychologischer Erfahrung, nützlich, wertvoll und fruchtbar. Nicht ganz entsprechend schien es uns, als Abgeordneter Ráday, die sozialen Probleme Ungarns erörternd, die Begriffe und Tendenzen von Mehrproduktion und Kolonisation (Homestead) zusammenwarf. Mag auch in der Landwirtschaftlichen Mehrproduktion nicht das höchste Heil für unser Volk liegen, die Kolonisation ist ein Problem, das vom Standpunkte der Bevölkerungspolitik, ohne Rücksicht auf die Produktionsverhältnisse, durchaus eingehend erörtern werden muß. Immerhin war es dankenswert, daß Abgeordneter Ráday in die Erörterung dieser Fragen eintrat.

Das Haus wird morgen die Debatte fortsetzen.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Székely eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 3½ Uhr nachmittags. Schriftführer: Géza Kováts, Emerich Szepes-házy, József Veres.

Auf den Ministerauftritt: Graf Tiba, Sándor, Balogh, Baron Hillány, Baron Sarkányi, Jankovich, Sibeghethy.

Vizepräsident Karl Székely:

Geehrtes Haus! Mit aufrichtiger Ergriffenheit melde ich dem geehrten Hause, daß zwei Sommitäten des öffentlichen Lebens von Ungarn gestorben sind: der Jude Curia Baron Béla Orczy und der Vizepräsident Bischof Kardinal Baron Karl Hornig. Obwohl die Laufbahn beider verschiedene Richtung hatte, spielten beide dennoch eine bedeutende und hervorragende Rolle in der Geschichte der verflochtenen Jahrzehnte. Baron Béla Orczy war jahrelang ein hochverdienter Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft und geraume Zeit lang auch der königlichen Regierung. In letzter Zeit hatte er sich mit Rücksicht auf sein hohes Alter vom öffentlichen Leben zurückgezogen und hat auch gelegentlich der Krönung seine hohe staatsrechtliche Funktion nicht mehr zu versehen vermocht. Dem Baron Hornig, dieser allgemein hochgeschätzten Erscheinung des ungarischen Katholizismus, hat es die Vorführung am Ende seiner langen und glänzenden Laufbahn als Oberhirt gegönnt, die junge Königin der Nation zu krönen. Das Ableben dieser beiden hervorragenden Männer wird die Mitglieder des Hauses mit den Gefühlen der Pietät erfüllen. Ich beantrage, das Haus möge seiner über das Ableben des Kardinal-Bischofs Hornig und des Jude Curia Baron Orczy empfindenen Teilnahme protokollarisch Ausdruck verleihen. (Zustimmung.) Das Haus beschließt daher, meinen Antrag anzunehmen. (Zustimmung.)

Präsident unterbreitet das Gesuch des Abgeordneten Alexander Gießwein um Gewährung eines sechs-wöchigen Urlaubes, der ihm auch erteilt wird. — Die Disziplin-Gesellschaft hat das Haus zu der Sonntag im Saale der Akademie der Wissenschaften stattfindenden Antrittsfeier eingeladen. Es ist zu wünschen, daß die Abgeordneten bei der Feier erscheinen und auch dadurch den Glanz dieses Festes steigern. Aus dem gleichen Anlaß hat das Magyar Kultúr Egyesület das Haus zu der am 2. März stattfindenden Festkomitee das Haus zu der am 2. März stattfindenden Antrittsfeier eingeladen. Einem Antrage des Vizepräsidenten entsprechend, beschließt das Haus, zu dieser Feier eine Deputation unter Führung eines Vizepräsidenten zu entsenden.

Der Gesandtenwurf über die Veremigung des Andenkens unserer Helden wird in dritter Lesung angenommen.

Folgt die Verhandlung des sechsten Regierungsbereiches über die Inanspruchnahme der Ausnahme-gewalt.

Berichterstatter Josef Illés:

Wir können die strategische und wirtschaftliche Abrechnung des abgelaufenen Kriegsjahres ruhig zu unseren Gunsten verbuchen. Die von der Entente verkündeten Schlagworte der „einheitlichen Front“ und der „Aushungerungstaktik“ haben

Flasche erlitten. Die einheitliche Front feierte gerade bei uns ihre schönsten Triumphe, und wir konnten, wenn auch die Aushungerungstaktik unserer Feinde uns neue Prüfungen brachte, einen neuen Beweis unserer wirtschaftlichen Kraft der Welt geben. Redner beschäftigt sich sodann mit den wirtschaftlichen Fragen, in deren Mittelpunkt die Sicherstellung der Volksernährung steht. Der Ausbau unseres isolierten wirtschaftlichen Lebens stellt nicht nur die Theorie auf die Probe, sondern auch die Ausnützung unserer Kraftquellen, und die Verteilung der vorhandenen Vorräte wurde zu brennenden Problemen der Praxis. Es steht nicht so sehr das Problem der Produktion im Vordergrund, als das der Verteilung. Redner unterscheidet einen physischen und einen psychischen Faktor des wirtschaftlichen Lebens und meint, daß beide Faktoren in innigem Zusammenhange miteinander stehen. Bezüglich des physischen Faktors des wirtschaftlichen Lebens muß zunächst festgestellt werden, daß dieser Faktor leider infolge der schlechten Ernte der drei letzten Jahre eine große Rolle spielt. Bei der Verteilung der bestehenden Vorräte darf dieser Umstand nicht vernachlässigt werden. Was den psychischen Faktor betrifft, so ist es zweifellos, daß der Druck des Weltkrieges in gewissem Maße erzieherisch gewirkt hat. Allein mit Zwangsmitteln und Strafen, die wohl unentbehrlich sind, können neue Menschen nicht erzogen, eine neue Moral nicht geschaffen werden. In dieser Beziehung muß der sozialen Erziehung eine große Bedeutung eingeräumt werden. Die Disziplin und die Organisation der Produzenten und Konsumenten ist das Ergebnis einer gewissen sozialen Erziehung. Selbst inmitten des erbittertesten wirtschaftlichen Kampfes bewahrt Deutschland seinen beispielgebenden Einfluß. Für die Errichtung eines einheitlichen Organs zur Sicherstellung der öffentlichen Ernährung waren bei uns dieselben Gesichtspunkte maßgebend wie in Deutschland. Auch unser Volksernährungsamt beruht infolgedessen im wesentlichen auf denselben Prinzipien wie das deutsche Amt. Nur der erste Monat der Tätigkeit unseres Volksernährungsamtes fällt in den Zeitpunkt, auf den sich der letzte Bericht der Regierung erstreckt. Es ist zweifellos, daß zunächst gewisse Schwierigkeiten überwunden werden müssen, so daß erst später über das Ergebnis der Tätigkeit dieses Amtes eine eingehende Kritik wird geübt werden können. Auch sonst müssen bei der Kritik des Volksernährungsamtes gewisse Rücksichten vorherrschen. Das schwere Problem der Verteilung der Vorräte wird noch viel schwieriger, wenn man bedenkt, daß die Befriedigung der Bedürfnisse der Armee die wichtigste Aufgabe des Staates ist. Redner verweist auf den bekannten Brief Hindenburgs an den Reichskanzler, worin der große Feldherr erklärt, daß durch staatliche Zwangsmittel erfahrungsgemäß nur wenig erreicht werden könne. Jede staatliche Regelung des Konsums werde vergeblich sein, wenn nicht sämtliche Schichten der städtischen Bevölkerung und der Landbevölkerung freiwillig mitwirken und wenn nicht jeder Staatsbürger davon durchdrungen ist, daß diese Mitwirkung eine ebenso patriotische Pflicht ist wie das Opfer an Leben und Blut an der Front. Produzent und Konsument müssen in gleicher Weise mit allen Kräften an der großen Arbeit der Regelung der Volksernährung mitwirken, denn nur so können diese schweren Fragen annähernd gelöst werden. (Zustimmung.)

Der Berichterstatter beschäftigt sich ferner mit dem Komplex der rechtlichen Fragen, die in diesem sechsten Bericht der Regierung behandelt werden. Er hebt die von großem sozialen Gefühl zeugende Verfügung der Regierung betreffend die Einschränkung der Mietzinserhöhungen und der Wohnungsminderungen, die Feststellung eines minimalen Arbeitslohnes für die in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter, die Erleichterung der Legitimierung der unehelichen Kinder, die Erleichterung der Abschließung der Militärdienst leistenden Personen, den gesteigerten privatrechtlichen Schutz der unehelichen Kinder, Verfügungen, die nicht nur den Interessen des Krieges dienen, sondern auch auf die Friedenszeit auswirken werden, hervor. Der Berichterstatter verweist darauf, daß neben den ausnahmsweisen Rechtsfällen, neben den rigorosen Rechtsverordnungen zu gleicher Zeit eine neue Ordnung der Rechtsbilligkeit im Entstehen begriffen ist. Ihre Erscheinungen sind der Schutz der Rechtsverhältnisse der Militärdienst leistenden Personen, der Schutz der Gebühren der eingerückten Beamten, die Sorge für die Ausbildung derjenigen Personen, die infolge des Krieges ihre Studien unterbrechen mußten usw. Auch in der richterlichen Rechtspraxis begegnen wir häufig dem Prinzip der Billigkeit. Es ist zu hoffen, daß im Frieden dieses Prinzip unsere ganze Rechtsordnung in günstiger Weise beeinflussen werde. Die Identität der großen vermögensrechtlichen und moralischen Interessen wird aber auch die Völker zwingen, in dem Verhältnisse zueinander das Prinzip des Rechtes und der Billigkeit zur Geltung zu bringen. Der Berichterstatter beschäftigt sich sodann mit den berücksichtigten Friedensbedingungen der Entente, und hofft, die Ententemächte werden einsehen, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiete ebenso wenig vernichtet werden können wie auf militärischem. Es können vielleicht neue Prüfungen uns heimsuchen; allein so wie wir bisher sie bestanden haben, können wir auch den neuen Drohungen kühn entgegenblicken. Er bittet, den Bericht der Regierung zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall und Applaus.)

Abgeordneter Béla Földes

will sich in der Kritik des Regierungsbereiches auf die Angelegenheiten der Zivilverwaltung beschränken. Die Opposition hat während der ganzen Kriegsbauer in ihrer Kritik die Objektivität stets gewahrt, obwohl sie von der Mehrheit oft herausgefordert wurde. Die Stellungnahme der Opposition ist um so mehr notwendig, da die Mehrheit in jeder noch so geringen Frage bloß ihre Macht zu mehren und zu festigen wünscht, was vom Gesichtspunkte der künftigen Entwicklungen nicht günstig erscheint.

In Ungarn hat die Plutokratie auf allen Gebieten das entscheidende Wort, ihre Vertreter oder Statthalter wählten nach Belieben, wenn sie selbst nicht als Träger der Gewalt erscheinen will. Im Auslande haben die Sozialisten entsprechende Vertretungen, die Bedenken, die der Ministerpräsident gestern gegen die Ausdehnung des Wahlrechtes geäußert hat, können nicht anerkannt werden. Die Sozialisten waren nirgend eine nationale Gefahr. Vom Wahlrechte dürfen nur diejenigen ausgeschlossen werden, die die Pflicht der Abstimmung nicht ausüben können. Die Wähler selbst sprechen ja nicht mit, wenn schwerwiegende Fragen im Reichstage entschieden werden, nur ihr Vertreter hat das Wort. Wenn wir aber unterfragen wollten, wer mit Zug und Recht bei solchen Fragen mitreden könnte, so wäre der Kreis dieser Auserwählten ein sehr kleiner. Das System der heutigen Regierung verheißt keine großartige Sozialpolitik. In Deutschland und in Oesterreich wird heute schon viel für die Kriegsinvaliden getan; dort ist man bestrebt, jede verfügbare Kraft in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen, während bei uns, wenn Redner gut informiert ist, die industrielle Beschäftigung bedroht wird. Die Erfahrungen des

Krieges beweisen, daß für die Landwirtschaft eine große Bedeutung alles geopfert werden müsse. Die Regierung verschließt sich jeder Anfrage, das Parlament wird mit Informationsbrocken abgespeist. Die Opposition hat viel zu fragen, sie erhält jedoch keine Antwort. Ueber den Banknotenumlauf ist man in der Monarchie nicht orientiert, über den Ausgleich wissen wir gar nichts, in der Wirtschaftspolitik werden Fehler gemacht, weil keine Organisation vorhanden ist, die den Leitern dieser Angelegenheiten behilflich wäre.

Auf die Details des Regierungsbereiches übergehend, bemängelt Redner vor allem die Form des Berichtes, der eine chronologische Altkammlung darstellt, in der man sich nur mit besonderer Mühe zurechtfindet. Der deutsche Regierungsbereich gibt ein klares, übersichtliches Bild des Wirtschaftslebens im Kriege, selbst der österreichische Bericht ist interessanter und übersichtlicher als der vorliegende Bericht der ungarischen Regierung.

Redner lenkt die Aufmerksamkeit der Finanzregierung auf die Kurze der Kreditsanleihepapiere, die in Ungarn nicht so zielbewußt gehalten werden wie in Oesterreich und Deutschland. Diese Anleihen müssen auch nach der Emission richtig gehandelt werden, um die Besitzer vor Kursverlusten zu schützen.

Auf die Frage der Lebensmittelversorgung kommt, verweist Redner auf die Ursachen der Preisgestaltung, des Disbalios und auf das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Gegen die künstliche Preissteigerung würde eine Organisation geschaffen werden, die dem deutschen Reichsmuchernamt entspräche und die mit einer amtlichen Wertfeststellung alle Auswüchse der Preistreibererei unnötig machen könnte. Die primären Lebensbedürfnisse der Bevölkerung sollen durch die Requirierung gesichert werden, denn die Höchstpreise allein nützen hier wenig. Die Tätigkeit unseres Volksernährungsamtes mit seiner Landesorganisation und seinen Exposituren kann nur begrüßt werden, denn die bisherige planlose Arbeit der verschiedenen Zentralen hat viele Störungen verursacht. So wird in Landwirtschaften namentlich über die Requirierung geklagt, die nicht einmal das Saatforn schont; die Städte wieder führen darüber Klage, daß die für ihre Lebensmittelbetriebe bestellten Waren nur sehr verspätet und mit bedeutenden Kosten belastet eintreffen.

Redner bespricht hierauf die Frage des Ausgleiches mit Oesterreich. Die Regierung hat auf mancherlei Anfragen der Opposition erklärt, daß sie bis zur Beendigung des Krieges in Schweben bleiben müßten — in der Ausgleichsfrage aber steht die Regierung nicht auf diesem Standpunkt. Uns droht ein langfristiger Ausgleich, wie er von Oesterreich schon wiederholt gefordert wurde. Hierbei scheint drüben die Tendenz vorherrschen, daß auch die wirtschaftlichen Angelegenheiten pragmatisiert werden sollen, damit Ungarn fast ausschließlich Agrarstaat bleibt, während Oesterreich vorwiegend die Industrie versorgen soll. Es herrscht volle Unorientiertheit darüber, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden. Schon dies müßte zu großer Vorsicht veranlassen. Wohl ist eine gewisse Stabilität wünschenswert, aber sie darf nicht um einen so hohen Preis geschaffen werden. Mit der Frage der Handelsverträge hängt auch die der Konularvertretungen zusammen; die gleichfalls nicht unseren Verhältnissen entsprechend geregelt ist, da unsere Konsulate viel mehr die Interessen Oesterreichs als die ungarischen vertreten. Nach dem Kriege werden zweifellos die verschiedenen, aufeinander angewiesenen Staaten eine Annäherung suchen. Das Bestreben einer solchen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist also im Wesen berechtigt. Nur liegen hierfür in Deutschland andere Motive vor als bei uns. Hervorragende deutsche Nationalökonomien stehen auf dem Standpunkte, daß die Freundschaft der beiden Staaten von der wirtschaftlichen Annäherung ganz unabhängig ist, viele halten diese wirtschaftliche Annäherung sogar für unmöglich. Schon dies beweist, daß die Frage noch nicht ganz geklärt ist. Besonders ungeklärt ist die Frage, was wir im Falle der Annäherung von Deutschland erwarten dürfen. Ein Hauptargument für den langfristigen Ausgleich mit Oesterreich ist, daß ihn auch Deutschland fordert. Dies ist aber noch nicht gewiß. Redner kommt zu der Schlussfolgerung, daß die heutige Regierung den Interessen der Nation nicht entspricht, daß das heutige Parlament nur einer diktatorischen Macht als Staffage dient. Er nimmt den Bericht nicht zur Kenntnis.

Abgeordneter Graf Moriz Esterházy

will den vorliegenden Bericht vom volkswirtschaftlichen und sozialen Standpunkte aus untersuchen. Der Bericht ist mangelhaft. Er hebt dies hervor, um der Regierung und der Mehrheit Gelegenheit zu geben, die Minorität etwa eines Richtigen zu belehren. Er bemängelt die jüngstens abgeschlossenen Verträge in bezug auf Kriegsarbeit. Ferner sei es sehr betrüblich, daß in dem Bericht über die Inanspruchnahme der Ausnahme-gewalt nichts über die Verbesserung des Loses der Kriegswunden und der Hinterbliebenen der in Kriegsgefangenschaft geratenen Kämpfer enthalten ist. Redner unterzieht sodann verschiedene Verordnungen des Handels- und besonders des Ackerbauministers einer Kritik, die den in den Verordnungen enthaltenen Verfügungen nicht günstig ist, und führt alle Verordnungen der laufenden Nummer nach an, bei jeder Nummer seine Einwände vorbringend, die sich speziell auf die Requirierung von Weizen beziehen. Redner fragt, wer die Daten der Ausweise der Regierung kontrolliere, und fordert eine strengere Kontrolle des Verkehrs der Mühlen und der Mißbräuche der vielen tausend Angestellten der Kriegsproduktionsgesellschaft oder gewisser Zentralen. Desgleichen sei die Verschiedenartigkeit der verschiedenen Refaktien von Uebel und die ungarische Industrie komme hierbei größtenteils zu kurz. Die wirtschaftliche Bedeutung der Refaktien ist im Kriege viel kleiner als im Frieden, dagegen ihre finanzielle Bedeutung für die betreffende Gesellschaft viel größer. Redner beschäftigt sich sodann mit der Reziprozität unserer Kriegswirtschaft. Ueber diese Frage haben sich die Mitglieder der Regierung bisher kaum oder wenigstens sehr zurückhaltend geäußert. Ebenso wie an der Front die Soldaten alle ihre Kräfte anspannen müssen, müsse auch jeder Bürger hinter der Front zum Maximum der Leistungsfähigkeit verhalten werden. Nicht außer Auge zu lassen sei auch die Exploitation der obersten Gebiete, — auch eine nennenswerte Einnahmequelle. Redner betont die geographisch wichtige Lage Ungarns in wirtschaftlicher Beziehung, was diesem Lande in höchstem Grade die Pflicht auferlege, alle Folgerungen abzuleiten. Sodann erörtert Redner die Frage der inneren politischen Konsolidation Ungarns. Er wendet sich gegen die Versteinerung der Mehrheitsbildung im Parlament, will aber keine Fälle anführen — sie sind selten —, in denen sich hier dieses Prinzip nicht bewährt hätte. Ohne die Erörterungen des Grafen Albert Apponyi zu erweitern, will Redner dennoch seiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß die Note der Ententemächte an den Präsidenten Wilson ein beispielloses Dokument verantwortungsloser Demagogie sei. Zur Frage der Inkompatibilität,